

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4/ 2023

ANTIKRIEGSTAG 1. 9. 2023

betrifft frieden bringt Auszüge aus einer vielbeachteten Rede des Autors Peter WAHL bei einer Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am Antikriegstag (1. September) 2023 in Worms. Insbesondere die Vorschläge von Peter Wahl zu einer Beendigung des Russland-Ukraine-Krieges sind erwähnenswert. Es ist wichtig, dass solche Gedanken ausgesprochen werden und nicht immer vom Siegfrieden der Ukraine, vom Abnutzungskrieg, von Rüstung und Waffenexporten die Rede ist.

(Red.)

Heute (1.9.) vor 84 Jahren überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und entfesselte damit den Zweiten Weltkrieg. In dem Höllensturz der folgenden fünf Jahre, gab es 65 Millionen Tote. Davon allein in der Sowjetunion 27 Millionen, und über 13 Millionen in China, wo das mit Nazi-Deutschland verbündete Japan wütete. In Deutschland waren es zwischen sechs und sieben. Mehr als die Hälfte der Opfer waren Zivilisten. Zugleich nutzte der deutsche Faschismus den Krieg, um in seinem Schatten das Menschheitsverbrechen der Shoah zu verüben.

Beendet wurde der Krieg, der die Welt erschütterte, mit einem weiteren welterschütternden Ereignis: den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Damit begann eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte. Zum ersten Mal verfügt der Homo Sapiens über die technische Fähigkeit die Gattung auszulöschen.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Seit der Kuba-Krise 1962, als die Sowjetunion Atomraketen vor der Haustür der USA stationiert hatte, die in wenigen Minuten Washington treffen konnten, standen wir nicht mehr so dicht am Abgrund eines Atomkrieges wie heute.

Womit wir bei dem Thema wären, das uns alle aufwühlt, dem Krieg in und um die Ukraine. Dieser Krieg dauert jetzt schon anderthalb Jahre. Das sind anderthalb Jahre zu viel.



Foto: Archiv betrifft frieden

In dieser Zeit sind auf beiden Seiten zwischen 100.000 und 200.000 Soldaten gestorben, unzählige wurden verletzt und für den Rest ihres Lebens gezeichnet. Nach UN-Angaben gibt es über 10.000 zivile Todesopfer. Die Dunkelziffer liegt deutlich höher. Militärisch sieht es so aus, dass keine der beiden Seiten eine substantielle Überlegenheit hat. Weder wäre Russland mit den Kräften, die es gegenwärtig im Einsatz hat, in der Lage, noch sehr viel mehr Territorium zu besetzen, noch ist die Ukraine in der Lage, die russischen Verteidigungsstellungen so zu durchbrechen, dass sie ihr offizielles Kriegsziel erreichen könnte.

>>> Weiter Seite 3

IN DIESER AUSGABE

**NPT Konferenz 2023 Wien/
Hiroshima-Nagasaki
Gedenken Seite**

>>> Seite 4 - 7

**Petition: Appell für den
Frieden**

>>> Seite 8

**Offener Brief zu Militär an
den Schulen**

>>> Seite 9

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem Beginn des Schuljahres tritt eine Kooperation zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Unterrichtsministerium in Kraft. Die Ressortleiter/innen Klaudia Tanner und Martin Polaschek haben sich auf einen verstärkten Einsatz des Bundesheeres im schulischen Bereich geeinigt. In einem **Erlass wird der fächerübergreifende Unterricht der Umfassenden Landesverteidigung ULV** (Geistige Landesverteidigung) angeordnet. Es werden Informationsoffiziere des Bundesheeres an den Schulen tätig sein und zwei weitere Heeresangehörige in die Schulbuchkommission entsandt. Weiters sollen Quereinsteiger aus dem Heer auch den Lehrer/innenmangel ausgleichen. Ähnliche Möglichkeiten bleiben Friedensorganisationen verwehrt. betrifft frieden druckt einen **Offenen Brief des Intern. Versöhnungsbundes** zu diesem Thema ab (Seite 9).

Nachdem Großbritannien bereits im April 2023 **DU-Munition** (depleted uranium) an die Ukraine geliefert hat, werden nun auch die USA die umstrittene Munition, die mit abgereichertem Uran ummantelt ist, liefern. Die bereits im Jugoslawienkrieg und gegen den Irak massiv eingesetzte Munition hat zu zahlreichen zeitversetzten Krebserkrankungen und Missbildungen in der örtlichen Bevölkerung, besonders bei Kindern, geführt. Leider gibt es dazu noch keine Verbotskonvention.

Bitte unterstützen sie den Appell für den Frieden auf Seite 8

Herzlichen Dank für eingelangte ABO-Beträge und Spenden.

*Manfred Sauer
Redaktion betrifft frieden*

TERMIN

FRIEDENSINITIATIVE 22

Donaucitykirche,
Donaucitystraße 2, 1220
Wien
(U1 Kaisermühlen, VIC)
Pfarrzentrum (Zugang hinter
der Busstation)

**Di. 10. Oktober 2023,
19 Uhr Österreichs
Neutralität auf dem
Prüfstand**

mit Dr. Wilfried Leisch,
Gewerkschaftler gegen
Atom und Krieg und
Manfred Sauer, Zeitschrift
betrifft frieden (aktuelle
Ergänzungen)

KALENDER

Solidaritätsaktion Kalender Namibia 2024 (Format A3) Arbeit – Alltag – Freizeit

Kalenderangebot der Österreichischen Namibia-Gesellschaft mit Malereien von Astrid Esterlus, Elke Stadlmayer, Leigh Williams, Lydia Williams, Sarah Zauner

Der Reinertrag kommt dem **Projekt Frauenhaus Friendly Heaven in Windhoek** zugute.

**Aktion ÖFR:
Bestellung über
pax.vienna@chello.at,
Einzahlung Euro 25.-- plus
Porto 5.--**

**KENNWORT KALENDER
auf Konto ÖFR
IBAN AT15 1100 0002 6371
8900**

**Innerhalb von Wien eventuell eine Übergabe ohne
Versand möglich. Bitte um Kontaktaufnahme.**



ARBEIT – ALLTAG – FREIZEIT
NAMIBIA 2024



>>> Fortsetzung von S.1

Die wirkliche Zeitenwende

.....
Auch bei uns ist jetzt schon zu erkennen, dass dieser neue Kalte Krieg wieder auf Kosten des Sozialen geht. Die hundert Milliarden die quasi über Nacht für die Bundeswehr locker gemacht wurden und die Verpflichtung auf das NATO-Ziel, 2 Prozent des BIP für Militär auszugeben, werden an anderer Stelle fehlen. Das Tauziehen um die Kindergrundsicherung mit dem mageren Ergebnis ist da schon ein Menetekel. Prompt heißt es auch im führenden Militärmagazin Europäische Sicherheit & Technik, es bedürfe einer „grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten“. Am Ende stehe man vor der Entscheidung: „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“

Vielzahl von Vorschlägen

Wir brauchen jetzt Diplomatie und eine politische Lösung. Und zwar schnell. Das ist auch die Kernbotschaft des diesjährigen DGB-Aufrufs für den 1. September.

Inzwischen liegt eine Vielzahl von Vorschlägen vor. Dabei kristallisieren sich als Kern folgende Punkte heraus:

- als erstes muss es einem Waffenstillstand geben;
- dazu braucht es Vermittler. In Frage kommen die UNO und neutrale Staaten;
- der Waffenstillstand könnte Ausgangspunkt für die Bildung einer entmilitarisierten Zone werden, entlang der Front, in der UNO-Blauhelme stationiert werden;
- die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien durch Garantiemächte,
- für die russischen Interessen ist zentral, dass die Ukraine nicht zum militärischen Brückenkopf von USA/NATO vor der russischen Haustür wird;
- für die Lösung der Territorialfragen könnten nach einigen Jahren Volksabstimmungen unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden. Modell könnte

das Saarland sein, das nach dem Krieg zehn Jahre unter französischer Verwaltung stand. 1955 entschieden sich 67% der Saarländer für den Beitritt zur Bundesrepublik. Die unterlegene Minderheit muss die Möglichkeit zum Wechsel in das andere Land haben;

- es ist ein internationales Wiederaufbauprogramm für alle vom Krieg betroffenen Regionen aufzulegen;
- die Sanktionen werden Zug um Zug abgebaut;
- die USA beginnen Verhandlungen mit Russland zur strategischen Rüstungskontrolle;
- als längerfristige Perspektive wird eine Konferenz über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur angestrebt.

So oder so ähnlich sähe die Tagesordnung einer Friedenskonferenz aus. Sie wäre schwierig und würde mit Rückschlägen zu kämpfen haben. Und natürlich würden alle Seiten Kröten schlucken und Maximalpositionen aufgeben müssen. Aber das gehört nun mal zum Wesen des Kompromisses.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es zahlreiche Aktionen der Friedensbewegung geben. Gelegenheit also, Druck auf die Politik auszuüben. Die Friedensbewegung ist keine isolierte Minderheit. In der Bevölkerung gibt es eine große Zustimmung für Verhandlungen, und international verschieben sich die Kräfteverhältnisse immer mehr zugunsten eines Kompromissfriedens. Daher gibt es keinen Grund zu verzagen. Druck auf die Bundesregierung ist möglich. Denn letztendlich gilt noch immer Willy Brandts berühmte Formel:

**Frieden ist nicht alles,
aber ohne Frieden
ist alles andere nichts!**

Peter Wahl ist Autor, Mitbegründer der NGO Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) und Gründungsmitglied und Mitglied des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland von (2001-2007)

**Die Rede ist abrufbar unter:
www.friedenskooperative.de/antikriegstag2023/reden/peter-wahl-worms**

MANGELNDER WILLE ODER DUMMHEIT?

REGINA HAGEN

Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV, englisch Non-Proliferation Treaty, NPT) wurde 1968 vereinbart und trat im März 1970 in Kraft. Alle fünf Jahre kommen die Vertragsstaaten zu einer Überprüfungs-konferenz (Review Conference, RevCon) zusammen und sprechen über die (mangelnden) Fortschritte und Probleme bei der Umsetzung des Vertrags. In den drei Jahren zuvor finden jährliche Vorbereitungs-konferenzen (Preparatory Committee Meeting, Prep-Com) statt. Aufgrund der Covid-19-Pandemie ist der Konferenzrhythmus etwas außer Takt geraten, die erste PrepCom für den neuen Überprüfungszyklus fand daher wie vorgesehen im Vienna International Center in Wien statt, aber erst im August 2023.

„Wirksame Maßnahmen“ in „redlicher Absicht“?

Der NVV wurde laut Präambel abgeschlossen „in der Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und auf die nukleare Abrüstung gerichtete wirksame Maßnahmen zu ergreifen, mit der eindringlichen Empfehlung einer Zusammenarbeit aller Staaten zur Verwirklichung dieses Zieles“.

Um dies in den zeitgeschichtlichen Kontext zu stellen: 1968 hatten laut dem »Bulletin of the Atomic Scientists« die USA knapp 30.000, die Sowjetunion mehr als 9.000 und die anderen drei offiziellen Atomwaffenstaaten (Großbritannien, Frankreich und China) etwa 480 Atomsprengköpfe in ihrem Besitz, zusammen also knapp 40.000. Nach Inkrafttreten des NVV wuchsen die Arsenale noch fast 20 Jahre weiter, auf mehr als 69.000 Sprengköpfe im Jahr 1986. Aktuell sind es gut 12.500 (90% gehören den USA und Russland), und es gibt neun Atomwaffenstaaten: Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan gehören inzwischen auch zum »Club«.

Die Verkleinerung der Arsenale wurde allerdings nicht über den NVV erreicht, denn anders als versprochen, haben sich die Atomwaffenstaaten nie daran gemacht, gemeinsam „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung“ (Artikel VI des NVV). Im Gegenteil: Sie rüsten nuklear massiv auf – alle bezogen auf die »Qualität« der Systeme, etliche auch bezogen auf die Zahl. Laut ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Wea-



UNO Wien (Vienna International Center) Aktivist:innen mit 3-D Teppich Atomwaffen-Silo

Foto: Int.Versöhnungsbund

pons) gaben die Atomwaffenstaaten im Jahr 2022 jede Minute 157.664 US\$ für Atomwaffen aus.

Schlimmer geht immer ...

Nun also der Beginn des neuen NVV-Überprüfungszyklus vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges, einer erschreckenden Vertrauenskrise und Polarisierung zwischen den Staaten bzw. Bündnissen, dem Ende jeglicher nuklearen Rüstungskontrolle durch die USA und Russland, einer rasanten nuklearen Aufrüstung in China und Nordkorea, dem Zusammenbruch des Iranabkommens, einem wachsenden Interesse an der Nutzung von ziviler Atomenergie – u.a. im Nahen und Mittleren Osten – mit all ihren militärischen Ambivalenzen.

Was vom 31.7. bis 11.8.2023 in Wien passierte, bezeichnete Reaching Critical Will (ein Projekt der Internationalen Frauenliga) als „a new low“ – einen neuen Tiefpunkt in der Vertragsgeschichte. Die PrepCom endete böswilligen Unterstellungen, hämischen Kommentaren, gegenseitigen Vorhaltungen und kleinlichem Gezänk. Als gemeinsames Resümee konnten sich die 113 (von 191) anwesenden Vertragsstaaten lediglich auf einen faktischen Bericht an die nächste PrepCom einigen: welche Staaten teilgenommen hatten, zu wie vielen Sitzungen sie zusammengekommen waren, wie die Tagesordnung aussah, wann die zweite PrepCom stattfinden wird (von 22.7. bis 2.8.2024 in Genf) und welche Dokumente für das Treffen eingereicht worden waren. Mehr nicht.

Dabei hatte der Entwurf für einen Abschlussbericht des finnischen PrepCom-Vorsitzenden die Themen aufgelistet, die drängen: die Rolle von Atomwaffen in den Sicherheitsdoktrinen der Länder reduzieren; sicherstellen, dass es nicht zu einem Atomwaffeneinsatz kommt; die Position der atomwaffenfreien Zonen in der südlichen Hemisphäre stärken; die Kompetenzen der Internationalen Atomenergiebehörde untermauern, deren Aufgabe es ist, die Nichtverbreitung zu kontrollieren; ausschließen, dass Atomkraftwerke in Konfliktzonen zum Ziel von Angriffen werden; die Zulässigkeit von nuklearer Teilhabe in den NATO-Staaten und neuerdings zwischen Belarus und Russland klären; und natürlich auch: endlich an die Umsetzung des NVV gehen und über die vollständige Abschaffung von Atomwaffen verhandeln.

Der Entwurf hatte keine Chance, Kompromisse standen nicht auf der Agenda der PrepCom 2023.

... aber Lichtblicke gab es auch

Im Kontrast zum Streit zwischen den Staaten im großen Konferenzsaal luden vielfältige »Side Events« zu interessanten, berührenden und anregenden Sitzungen ein. Auffällig war das Engagement von jungen Menschen, u.a. UNODA Youth4Disarmament Initiative, Mayors for Peace Youth, Nagasaki Youth, Reverse the Trend, Youth Fusion, Youth for TPNW, Young Deep Cuts Commission. Sie boten Workshops an, mischten sich in die Diskussionen ein und sprachen in einer offiziellen Sitzung die Staatsvertreter/innen direkt an (siehe beispielsweise den Abdruck von Vanda Proskovas Rede für Youth Fusion am 6. August auf S. 6 in diesem Heft).

Die klare Botschaft: In puncto Atomwaffen wird »business as usual« nicht akzeptiert, das Überleben der Menschheit steht auf dem Spiel und die »next generation« nimmt den Kampf um eine atomwaffenfreie Zukunft auf.

Regina Hagen ist eine Sprecherin der deutschen Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei .jetzt« und nahm an der PrepCom 2023 in Wien als Vertreterin des globalen Netzwerks »Abolition 2000« teil.

MELDUNG

Status TPNW

Der Nuklearwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons TPNW) hat laut der UN-Organisation UNODA mit Stand 8. September 2023 92 Unterzeichnerländer. 68 Staaten haben auch die Ratifizierungsurkunde hinterlegt und damit den Vertrag in den nationalen Rechtsbestand aufgenommen.

(Red.)

WARUM NUKLEARE ABRÜSTUNG FÜR JUNGE MENSCHEN AUF DER GANZEN WELT EIN „HEISSES THEMA“ IST

*Redebeitrag bei der Gedenkveranstaltung am Wiener Stephansplatz
von VANDA PROSKOVA*

Hiroshima wurde heute vor 78 Jahren bombardiert. Nie war es wichtiger und notwendiger als jetzt, die Geschichte zu bewahren und über nukleare Abrüstung zu reden.

Danke, dass ich hier sprechen darf.

Youth Fusion ermöglicht die Vernetzung von Einzelpersonen und Organisationen, die sich für die Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen und die Minderung des Risikos interessieren und diese Themen mit dem größeren Feld der nachhaltigen Entwicklung verknüpfen wollen – das reicht von Genderfragen bis zu Umweltfragen.

Wir wollen andere Jugendliche und junge Menschen informieren, mit Wissen versorgen, miteinander in Kontakt bringen und dazu motivieren, selbst aktiv zu werden. Dazu organisieren wir u.a. Aufklärungsveranstaltungen und -projekte, schicken Jugenddelegationen zu wichtigen UNO-Konferenzen und schließen uns mit Organisationen auf der ganzen Welt zusammen. In anderen Worten, wir versuchen, Türen für junge Menschen zu öffnen, die sich für die Abrüstung von Atomwaffen interessieren.

Bei unserer Arbeit sprechen wir oft mit jungen Menschen, die sich für eine Welt ohne Atomwaffen stark machen, denn sie verstehen: Mit Atomwaffen in unserem Hinterhof können wir nie wirklich sicher sein, wir können uns nicht im Frieden fühlen, und wir können die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen nie erreichen.

Ich möchte drei wesentliche Gründe nennen, warum Youth Fusion glaubt, dass die Abrüstung von Atomwaffen der einzig richtige Weg ist:

1. Atomwaffen sind teuer: Die neun Atomwaffenstaaten wollen im kommenden Jahrzehnt mehr als eine Billion US-Dollar für Atomwaffen und nukleare Aufrüstung ausgeben. Dieses Geld sollte stattdessen genutzt werden, um die Folgen der Corona-Pandemie besser zu überwinden und in Bildung und Gesundheitsversorgung zu investieren.

2. Die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes für die Umwelt: Selbst ein eher kleiner, regionaler Atomkrieg hätte auf der ganzen Welt schwerwiegende Folgen für die Umwelt. Schlimmer noch: Der Temperatursturz – der so genannten nukleare Winter – hohe Strahlungswerte, die massive Zerstörung von Infrastruktur und die Vernichtung von Nahrungsmittelvorräten und Ernten würden zu Hunger, Verstrahlung und Krankheiten und damit zu sehr vielen Todesopfern führen.

3. Atomwaffen bringen keine Sicherheit. Ganz im Gegenteil. Da ist zum Beispiel die russische Invasion der Ukraine. Es wird von der Weitergabe von Atomwaffen gesprochen; auch mit ihrem Einsatz wird gedroht. Allein die Tatsache, dass die Atomwaffenstaaten über diese Waffen verfügen, verstärkt die Spannungen zwischen ihnen und lässt die Sorgen von uns, den Bürgerinnen und Bürgern, wachsen.

Im Klartext heißt das, Atomwaffen bedeuten weniger Geld für unsere Gesellschaften, Gefahr einer Umweltkatastrophe steigt und die Sicherheit für jeden einzelnen Menschen wird kleiner. Vor zwei Tagen hatte ich die Ehre, mit einem Hibakusha zu sprechen. Er hat den Horror des Bombenabwurfs auf Hiroshima überlebt, dabei aber seine ganze Familie und sein ganzes Umfeld verloren. Es bedrückt ihn sehr, dass weltweit nicht viele Menschen wirklich verstehen, was für einen Horror dieser Bombenabwurf verursacht hat.

Ich danke Ihnen für die Gedenkveranstaltung heute. Danke, dass Sie die Geschichte bewahren. Und danke, dass Sie diese Welt friedlicher, sicherer und nachhaltiger machen wollen.

Vanda Proskova, Tschechische Republik, Abolition 2000 Youth Fusion (youth-fusion.org)

Übersetzung aus dem Englischen: Regina Hagen

HIROSHIMATAG WIEN 2023

Auch in diesem Jahr wurde den Opfern der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki 1945 gedacht, in Form der Gedenkfeiern am 6.8. am Wiener Stephansplatz und am 9.8. bei der Buddhistischen Friedenspagode.

Der 6.8. war geprägt von nasskaltem Wetter. Trotzdem fanden sich zahlreiche Menschen am Spätnachmittag am Stephansplatz ein. Ein buntes Programm mit Informationsständen, dem 3-D-Teppich Atomraketen-silo (Foto Seite 4) und Livemusik (Friedenslieder mit Reinhard Sellner, Klaus Bergmaier und Angelika Sacher) wurde geboten. Internationale Gäste (Abolition 2000, ICAN) und österreichische Gruppierungen (IVB, Pax Christi, ICAN, IPPNW, Wandern für den Frieden) trugen mit Reden zum Programm bei. Vertreter/innen von Evangelischer Kirche und Buddhistischer Religionsgemeinschaft sowie Rotes Kreuz und Außenministerium gaben Statements ab. Starker Wind verhinderte den Laternenmarsch, der hoffentlich 2024 wieder stattfinden kann.

Grußbotschaften unter: www.hiroshima.at

(Red)



Rotes Kreuz CBRN-Teammitglied



Vanda Proskova & ICAN International
Fotos: ICAN Austria © Mirjam Draxler-Todt

APPELL FÜR DEN FRIEDEN

Russische Föderation und Ukraine an den Verhandlungstisch

An die Österreichische Regierung und an die Parlamentarier/innen

• Wir fordern von der Österreichischen Bundesregierung, an den UNO-Generalsekretär António Guterres zu appellieren, er möge eine hochrangige Kommission zusammenstellen, welche die Regierungen der Russischen Föderation und der Ukraine, so wie der unterstützenden Nationen zur Beendigung des eskalierenden Kriegs an den Verhandlungstisch bringen soll.

Die österreichische Bundesregierung und der österreichische Nationalrat mögen ihre Mitgliedschaft in der UNO und in der OSZE für Friedensinitiativen nutzen.

• Wir fordern diplomatische Anstrengungen, um die UNO-Charta umzusetzen, die sowohl militärische Angriffe als auch Androhungen, Atomwaffen einzusetzen, untersagen, aber zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten verpflichten. Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung des Internationalen Atomwaffenverbotsvertrages, für den sich Österreich als wesentlicher Impulsgeber engagierte, damit die Stationierung von Atomwaffen in Europa abgeschafft wird.

• Wir fordern von der Österreichischen Bundesregierung, sich engagiert dafür einzusetzen, dass die UNO internationale Abrüstung als friedensstiftende Aufgabe betreibt, und dass die militärisch bedingten Umweltverschmutzungen und -zerstörungen in die Klimarahmenkonvention aufgenommen werden und dem Verursacher angelastet werden.

• Wir fordern den verstärkten Einsatz von zivilen Kompetenzen der Krisenbewältigung als glaubhafte Umsetzung einer aktiven Neutralitätspolitik. Der Zivile Friedensdienst möge in Österreich rasch eingeführt und zur Konfliktlösung eingesetzt werden. Der Sitz der UNO und der OSZE in der Bundeshauptstadt verpflichtet dazu.

• Wir fordern die Veröffentlichung der österreichischen Beiträge zu den Ausschusskonferenzen der CIVCOM (Committee for Civilian Aspects of Crisis

Management), um der Bevölkerung die Beiträge zur friedlichen Konfliktbeilegung zu veranschaulichen.

• Wir fordern von der Österreichischen Bundesregierung, ukrainischen und russischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren Asyl zu gewähren.

Erstunterzeichner/innen:

Paul Gulda, Pianist
Petra Nagenkögel, Schriftstellerin
Adele Neuhauser, Schauspielerin

Warum ist das wichtig?

Die UN-Charta verbietet Angriffskriege, aber sie fordert, dass internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen sind, damit der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Der Krieg fordert schon bis jetzt hunderttausende Tote, noch viel mehr Verletzte und Millionen Flüchtlinge. Die Schäden in der Natur, an der Infrastruktur und in der Landwirtschaft sind unmessbar. Diese menschengemachte Katastrophe muss gemäß UN-Charta gestoppt werden!

Das neutrale Österreich muss seiner Aufgabe gerecht werden, sich für eine friedestiftende, globale Kooperation zu engagieren!

Der Link des Appells lautet:

Appell für den Frieden - Russische Föderation und Ukraine an den Verhandlungstisch:

<https://mein.aufstehn.at/petitions/appell-fur-den-frieden-russische-foderation-und-ukraine-an-den-verhandlungstisch>

Mehr Friedensförderung und Gewaltprävention statt einer Militarisierung unseres Bildungssystems

Offener Brief an BM Martin Polaschek und BM Klaudia Tanner

Wien, 14. 8. 2024

**Herr Bildungsminister Martin Polaschek, Frau
Verteidigungsministerin Klaudia Tanner,**

Sie haben eine Debatte angestoßen, dass Soldat/en/innen der Miliz, aus der Militärmusik sowie dem Heeresport als Lehrkräfte angeworben werden sollen. Abseits dieses Vorstoßes sollen auch militärische Inhalte im Schulunterricht einen breiteren Raum einnehmen und Offiziere wurden in die Schulbuchkommission berufen.

Der Versöhnungsbund befürwortet die Absicht, dass den Schulen ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen und dass in Bildungseinrichtungen mehr über Frieden, Sicherheit und Konfliktbearbeitung gesprochen wird. Der Versöhnungsbund lehnt die von Ihnen jüngst vorgeschlagenen Maßnahmen gegen den Personalmangel im Bildungssystem ab. Wir wenden uns dabei nicht gegen Personen der Miliz mit all ihren Ausbildungen, sondern gegen die systematische Versicherheitlichung und Militarisierung der öffentlichen Debatte im Allgemeinen und des Bildungssystems im Besonderen.

Wir befürworten ein ausgewogenes und durch unabhängige Expert/innen ausgestaltetes friedenspädagogisches Auftreten. Dieses schließt Fragen der klassischen Verteidigungspolitik ein. Ein breiter Ansatz umfasst Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Ursachen von Kriegen und Konflikten, die Praxis gewaltfreier Aktionen sowie die komplexen Zusammenhänge von Klimaerhitzung und Kriegen.

Im Rahmen des Lehrprinzips Politische Bildung bleiben Grundwerte wie Frieden oder die Skizze einer gerechten Friedensordnung nicht selten unkonkret oder werden aus Zeit- und Ressourcenmangel zu wenig berücksichtigt. Das derzeitige Bestücken des Schulsystems mit militärischen Aspekten und Personal erinnert uns an die 1980er-Jahre.

Nicht nur im Schulbereich, sondern auch an den Universitäten gewinnt Militärisches in Forschung und Lehre an Einfluss. In Form von Zivilklauseln üben auch dort Lehrende und Studierende Kritik, Rüs-

tungsforschung zu unterstützen oder für die Rechtfertigung von Waffengewalt und Kriegen einzutreten.

Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt, dass viele Lebensbereiche zeitweilig „versicherheitlicht“ wurden. Herausforderungen wurden und werden unter dem Aspekt der Sicherheitsbedrohung betrachtet und mit entsprechenden Instrumenten bearbeitet: Armee im Flecktarn gegen Corona, Armee gegen Bedrohung von diplomatischen Vertretungen, Armee gegen Kriminelle im Internet oder Armeefahrzeuge transportieren Häftlinge. Wer ist in einer Demokratie für welche Aufgaben zuständig? Sichtbarkeit und ein allgemeiner Effekt der Gewöhnung an das Bewaffnete im übertragenen wie wörtlichen Sinn sind beabsichtigt.

Der Versöhnungsbund fragt Sie:

1. Wer trägt auch in der Schule Sorge, dass Herausforderungen nicht künftig immer mehr durch eine Sicherheitsbrille betrachtet werden und die Debatte über Konfliktbearbeitung weiter verengt wird? Frei nach dem Motto: „Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel“. Wir treten dafür ein, dass Kindern die gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten als primäre Perspektive angeboten wird.

2. Wie können Militärs Schulbücher bezüglich Neutralität objektiv auf Richtigkeit prüfen, wenn manche uniformierte Kollegen hinter vorgehaltener Hand die Neutralität als Haltung der Kriegsverweigerung länger als „Neutralitätsrisiko“ bezeichnen?

3. Wer achtet darauf, dass unabhängige friedenspädagogische und friedenswissenschaftliche Expertisen stärker finanziert werden und zum Einsatz kommen?

4. Wie können angesichts der aktuellen und berechtigten Fragen zum Krieg in der Ukraine Elemente gewaltfreier Konfliktlösung auf individueller, staatlicher und internationaler Ebene stärker verankert werden?

**Mit freundlichen Grüßen
Int. Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig**

„Heller als tausend Sonnen“

von Karin Oberkofler

Was für ein verheißungsvoller Titel! Sofort denkt man an: Sonne, Sand & Meer!

Durch Zufall ist mir die Ausgabe von Robert Jungks Taschenbuch von 1964 (Antiquariat) vor kurzem in die Hände gefallen und sofort lief ein innerer Film ab.

Ich sehe Robert Jungk (1913-1994) in Innsbruck vor dem Goldenen Dachl stehen und bin fasziniert von seiner integren engagierten Art, die Möglichkeit einer Zerstörung der Erde plastisch zu schildern.

Anfang der 80er Jahre begann die Friedensbewegung, aufgrund von genaueren Informationen - z.B. dass u.a. auch Innsbruck ein Ziel von Atombomben ist - sich stärker zu formieren. Und wieder ist es so weit, dass sich diese Szenarien in ganz anderen Dimensionen zu wiederholen scheinen. Heute wird das Thema Atombombe nicht mehr öffentlich angegangen.

Die von den USA 1945 im August auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben waren nicht kriegsentscheidend für das endgültige Ende des 2. Weltkrieges, sondern der angewandte Test zweier unterschiedlicher Atombomben.

Hellhörig bin ich geworden, als vor wenigen Wochen wasserstoffbetriebene Autos in die Produktion gingen. Vor Jahrzehnten hat es heftige Diskussionen über den möglichen Einsatz von Wasserstoffbomben gegeben. Dieser Einsatz ist dann verworfen worden. Ich konnte nicht herausfinden, ob es womöglich einen Zusammenhang bzw. eine Übereinstimmung, wenn auch nur marginal, zwischen beiden Erfindungen gibt.

Das Buch von Robert Jungk, Zukunftsforscher und Journalist „Heller als tausend Sonnen“ ist 2020 neu aufgelegt worden und jede Zeile ist wert gelesen zu werden.

Im Kern geht es auch um die Verantwortung von Wissenschaftlern, die an der Erfindung der Atombombe mitgewirkt haben. Wissenschaftler „die im Sommer 1939 noch in der Lage gewesen (waren), den Bau von Atombomben zu verhindern und die Chance ungenutzt vorbeigehen ließen - weil sie der bedrohlichen neuen Erfindung moralisch und politisch nicht gewachsen waren.“

In dem Buch wird das Dilemma berühmter Wissenschaftler deutlich beschrieben, die zwischen Forschungsdrang und Gewissensqualen schwankten.

Aber auch wie viel Druck auf ihnen gelastet hat, als die Verheerung von Hiroshima und Nagasaki dokumentiert wurde. Wieder einmal wurden machtpolitische Interessen dem gesunden Menschenverstand geopfert.

Robert Jungks Lebensziel war es „Betroffene zu Beteiligten zu machen!“

Seit 1985 gibt es die „Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsforschung“ in Salzburg.

Karin Oberkofler lebt seit Jahrzehnten in Österreich und schreibt seit ihrer Jugend unter anderem Gedichte.

MELDUNG

Friedenswende jetzt!

Das deutsche Forum Zivile Friedensdienst e.v. Köln hat 5.011 Unterschriften der Petition „Friedenswende jetzt“ an Bundeskanzler Scholz übergeben. Ebenso fand vor dem deutschen Bundestag ein Protest statt, wo mehr als 50 Friedensorganisationen gegen Kürzungspläne der Ampelkoalition auftraten. Die Mittel für Krisenprävention und Krisenbewältigung sollen um 20%, die für humanitäre Hilfe um 40% gekürzt werden.

Die Aktivisten/Innen hatten mit der Losung „Frieden gibt es nicht umsonst“ überdimensionale Euro-münzen mit. Die Forderungen: Keine Kürzungen der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit! Ausbau der Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung! Ein ähnliches Szenario könnte es in Österreich geben, wenn ständig steigende Militärbudgets auch einmal zu schmerzhaften Kürzungen in anderen wichtigen Bereichen führen.

(Red.)

(betreffend betrifft frieden 2/2023 Kommentar: OFFENE DISKUSSION ÜBER NEUTRALITÄT UND SICHERHEITSPOLITIK: JA ODER NEIN? von Redakteur Manfred Sauer)

Du schreibst ja selbst in diesem Beitrag, dass diejenigen, die "eine offene Diskussion" verlangen, ja eher in die NATO drängen oder für eine EU-Armee sind. Und die bekommen ja dauernd eine "Diskussion" in den Medien.

Ich glaube, das Thema ist den Verantwortlichen so wichtig und werden sie so von USA/EU/Deutschland unter Druck gesetzt bzw. geben sie gerne von der Regierung bis zum Bundespräsidenten diesem Druck nach.

1. Daher hätte ich in dem Artikel das nicht schon von der Überschrift nicht so offen gelassen, sondern darauf hingeezielt, das unsere Immerwährende Neutralität gerade in Zeiten von immer mehr und immer heißeren Kriegen die beste Sicherheitspolitik und die besten Sicherheitsdoktrin ist - wie es ja auch Frau Matzner in Ausgabe 3/2023 von betrifft frieden sagt.

2. Daher hätte ich auch die Optionen, die zur Diskussion stehen nur solche "Varianten" angeführt, die die Neutralität mehr oder weniger weiterentwickeln. Das heißt wir müssen und sollen uns nicht den Kopf der Gegner zerbrechen, sondern was wir am besten unter die Menschen bringen, die wir ja im Prinzip (70 - 90 % für die Beibehaltung der Neutralität, 75% gegen NATO-Beitritt, ich glaube 65% gegen eine EU-Armee und in ähnlicher Höhe sind die Menschen in Österreich für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

3. Wäre hier die Möglichkeit gewesen - aber das kann man ja in einer weiteren Ausgabe von betrifft frieden ja gerne nachholen - als Gegengewicht zu den 60 Proponenten (die eine "offene Diskussion über die österr. Sicherheitspolitik" per offenen Brief wollten und die Abschaffung der Neutralität anstreben - wie du richtig schreibst) den offenen Brief "Unsere Neutralität - Unsere Sicherheit" (www-unsere-neutralitaet.at) zu propagieren.

Es bleibt uns nicht erspart, nach Möglichkeiten zu suchen und Anlässe zu nutzen, selbständig und gemeinsam die Immerwährende Neutralität Österreichs als unseren Beitrag und unsere Chance, nicht wieder in Kriege verwickelt zu werden und als Friedens- und Antikriegschance generell zu nutzen.

Lassen wir uns dabei auch nicht davon beeindrucken, dass die FPÖ vorgibt für die Neutralität zu sein. Erstens ist die Zustimmung zur Neutralität in der Bevölkerung mehr als dreimal so hoch wie die FPÖ-Wähler/innenstimmen max. in Umfragen hat. Zweitens war und ist die FPÖ nie für die Neutralität Österreichs. Sie war schon für die NATO unter FPÖ-Verteidigungsminister Scheibner in der ÖVP-FPÖ-Schüssel-Koalition und sie war für die EU-Militarisierung (PESCO) unter Verteidigungsminister Kunasek in der Kurz-Strache-Kickl-Regierung. Drittens will die FPÖ nur Wähler/innen fischen, weil die anderen Parlamentsparteien mehr oder weniger die Neutralität ausverkaufen und aushöhlen. Die Regierenden nutzen diesen FPÖ-Wähler/innenfang wiederum für sich aus, um alle, die für die Neutralität sind, ins rechte Eck zu stellen und so zu tun, als wären nur mehr 25 bis 30% (FPÖ-Wähler/innen) für die Neutralität statt bis zu 90% der Bevölkerung, um so den weiteren Abbau der Neutralität vorantreiben zu können. Weil die Regenten gleichzeitig den Zorn der Bevölkerung fürchten tarnen sie jeden weiteren Neutralitätsbruch als mit der Neutralität vereinbar, wie dies zuletzt auch bei der Ankündigung zur Teilnahme Österreichs am NATO-EU-Deutschland-Sky-Shield der Fall war.

Zeigen wir dieses hinterhältige Spiel von Regierung und "Opposition" auf Kosten von Frieden und Sicherheit der österreichischen Bevölkerung auf. Wir haben in der Frage der Beibehaltung Immerwährender Neutralität Österreichs die überwältigende Mehrheit (bis zu 90%) der Bevölkerung auf unserer Seite. Nutzen wir diese Chance.

Wilfried Leisch
Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg
www.atomgegner.at * ggae@gmx.at
Mitinitiatorin der Initiative
„Unser Neutralität - unsere Sicherheit“
www.unsere-neutralitaet.at

Anmerkung der Redaktion: Vielen Dank für Deinen Leserbrief, wenngleich wir noch um Missverständnissen vorzubeugen anmerken, dass im Kommentar (bfr. 2/2023) die FPÖ gar nicht vorkommt.

Beitrag IPPNW-Deutschland

Anlässlich der Jahrestage des Abwurfs der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA (6. und 9. August 1945) beteiligt sich die IPPNW-Deutschland an bundesweiten Gedenkveranstaltungen für die Opfer.

In beiden Städten starben je nach Schätzung zwischen 110.000 und 210.000 Menschen als Folge der atomaren Angriffe, die meisten durch Verbrennungen. Die Gesamtzahl der Todesopfer ist kaum zu beziffern. Die Folgen sind bis heute zu spüren, obwohl die meisten direkt Betroffenen nicht mehr am Leben sind. Sie sind an Krebs und anderen strahlenbedingten Krankheiten gestorben. Doch die genetischen Folgen der Atombomben sind auch in der 2. und 3. Generation der Überlebenden zu finden.

Die Bomben, die die USA auf Japan abwarfen, waren im Vergleich zu den Bomben in den heutigen Arsenalen sehr klein. Die heutigen Atomwaffen sind durchschnittlich fünf bis 30 mal größer. Und es gibt davon auf der Welt mehr als 12.500 Stück.

Nuklearwaffen wurden nicht nur in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt. Bis heute wurden sie insgesamt 2.058 Mal detoniert, als vermeintliche Versuche einer kleinen Gruppe von Staaten für Entwicklungszwecke. Obwohl die Nuklearwaffen von 1945 die katastrophalen Folgen einer atomaren Explosion auf die Gesundheit und die Umwelt gezeigt hatten, fand

nicht einmal ein Jahr später der erste Test der USA auf den Marshallinseln statt.

Diese Atomtests wurden in Gebieten durchgeführt, die als menschenleer galten. Dies entsprach nicht der Wahrheit: in den Gebieten lebten in vielen Fällen indigene Völker: Native Americans, Aborigines, Uiguren, Polynesier/innen, Marshallier/innen u.a. Insbesondere Großbritannien und Frankreich nutzten ihre ehemaligen Kolonien für Tests, die Sowjetunion nutzte das Gebiet des heutigen Kasachstan. Seit langem machen die Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen- und -tests gemeinsam auf die schrecklichen Parallelen in ihrer Geschichte und ihren aktuellen Lebensumständen aufmerksam.

Wir fordern von unserer Bundesregierung:

1. Deutschland muss bei der Staatenkonferenz des AWWV im November 2023 in New York als Beobachter teilnehmen.
2. Deutschland muss einen Fahrplan zum Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe entwickeln
3. Deutschland muss sich für die Anerkennung von Überlebenden von AW-Einsätzen und -tests stark machen und sich für die Unterstützung der Betroffenen und zur Sanierung kontaminierter Gebiete bereit erklären.

Dr. in Angelika Claußen, Co-Vorsitzende

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42

In dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: #aufstehn, Angelika Claußen, Regina Hagen, IVB, Ulrike Koushan, Karin Oberkofler, Vanda Proskova, Manfred Sauer, Peter Wahl
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG

Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

pax.vienna@chello.at

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4/2023 P.b.b. MZ 20Z041963M

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42